Aufruf

„aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“

Offener Brief
an
Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann
von
Tristan Abromeit

vom 22. Januar 2002

(Text 24.1)

Aufruf
„aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“

Offener Brief
an
Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann
von
Tristan Abromeit
vom 22. Januar 2002

Hauptteil: Ihr Aufruf „aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. 'Wir müssen handeln und dürfen nicht untätig sein' “ ..... Seite 2

Nachtrag I vom 24. Januar 2002

Christliche Soziallehre / Johannes Kleinhappl ..... Seite 14

Nachtrag II vom 28. Januar 2002

Zur Übertragbarkeit von Rechtssystemen und Wirtschaftsverfassungen..... Seite 18

Nachtrag III vom 31. Januar 2002

Bauhäuser für die Entwicklung gesellschaftlicher Gesamt- und Teilordnungen ..... Seite 19

Nachtrag IV, vom 1. Februar 2002

Globalisierungs-Gegner und Gewalt ..... Seite 24

Nachtrag V vom 2. Februar 2002

Zu meiner ökonomische Argumentation ..... Seite 26

Nachtrag VI vom 3. Februar 2002

„Wissenschaft - Opium fürs Volk“, Peter Kafka ..... Seite 27

Nachtrag VII vom 4. Februar 2002

Männer und Gerechtigkeit ..... Seite 28

Erstverteiler ..... Seite 30

Anlagen:

1. Können Kirchen Bündnispartner für eine gerechte Wirtschaftsordnung sein? Zwei Fußnoten aus „Was ist das Eigentum?“ von P. J. Proudhon. Er gibt Hinweise auf den Verrat der ökonomischen Aussagen der Bibel durch die Theologen.
2. Der Brief von der kleinen Schwester Monika-Maria von Jesus vom 8.4.2001 zeigt, daß es auch heute noch christlich motiviertes, opferbereites Handeln gibt.
3. Aus der Dokumentation 7 zu meinem Offenen Brief „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil“ vom 1. Mai 2001 an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages gebe ich den Brief von Werner Zimmermann aus dem Jahre 1959 mit dem Titel „Über das Trauma der Sozialdemokratie“ wieder. Er verdeutlicht das lange Ringen um eine bessere Ökonomie und das Versagen der demokratischen Parteien vor Hitler.
4. Lehren aus dem Fall Kleinhappl - auch für Freiwirtschaftler / Ein Leben zwischen den Rädern der Systeme / zwei Beiträge von Johannes Heinrichs aus „Der Dritte Weg , Juli / August 1996 (heute: Humanwirtschaft, Redaktion: E-Mail: w.schmuelling@cityweb.de)
5. a) Entwicklungshilfe / Nur unter Opfern von Susanne Iden, Leitartikel in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 4. 2. 2002, b) „Völlig von Männern dominiert“ Margot Käßmann sieht das Weltwirtschaftsforum kritisch von Barbara-Maria Vahl, HAZ vom 4.2.02, „Krise der Familie ist eine Herausforderung“, Leine-Zeitung, Regional-Beilage der HAZ vom 21. 1. 01.

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3 / 31535 Neustadt
E-Mail: Abromeit@T-Online.de

Landesbischöfin
Frau Dr. Margot Käßmann
Haarstr. 6
30169 Hannover

Neustadt, den 22. Januar 2002

Ihr Aufruf „aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. 'Wir müssen handeln und dürfen nicht untätig sein'"

(Vorweg: Von der Konzeption hergesehen, war dieser Brief ursprünglich als persönlicher Brief gedacht. Bei der Niederschrift entwickelte er den Charakter eines Offenen Briefes, was aber ja nicht ausschließt, daß trotz der am Ende genannten Mitempfänger Sie durchgängig, gedanklich meine Adressatin waren.)

Sehr geehrter Frau Dr. Käßmann,

das Zitat in der Betreffzeile ist aus der Leine-Zeitung vom 21. 1. 02 (meinem 68. Geburtstag). Es wird dort über Ihre Rede bei Neujahrsempfang der Stadt Garbsen berichtet. Nach diesem Bericht empfinden Sie es als Skandal, daß Kinder inzwischen als Armutsrisiko angesehen werden müssen. Weiter werden Sie wie folgt zitiert: „'Wir müssen den Stellenwert von Kindererziehung erhöhen' " ... Ferner kritisieren Sie „den Umbau des Sozialstaates. Die zunehmende Ökonomisierung dürfe nicht dazu führen, dass die schwächsten Glieder der Gesellschaft weiter benachteiligt werden. 'Wir gefährden sonst die Würde des Menschen' ..." Sie mahnen: „'Wir müssen uns intensiv mit den weltweiten Problemen beschäftigen' „ ... Und Sie erinnern: „'Gott hat uns die Erde anvertraut und wir sind ihm gegenüber rechenschaftspflichtig' ". Dies ist eine Gedankenkette, die auf eine mir sehr sympathische Rede von Ihnen schließen läßt. Diese Feststellung alleine ist aber noch nicht der Mühe eines Briefes wert. Auf einen solchen Beifall können Sie sicher verzichten, weil Sie sicher am Ort des Vortrages ausreichend Beifall geerntet haben. Ich möchte daher vertiefend so auf die Stichworte eingehen, wie sie in einer Tageszeitung nicht untergebracht werden können. Zum besseren Verständnis möchte ich aber vorher von der Vorgeschichte dieses Briefes berichten:

1. Auf Einladung von Prof. Martin Cordes nahm ich an einer Exkursion Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft in der Ev.-Luth. Landeskirche Hannover teil. Auf dieser Fahrt bekam ich das Heft 1/2000 von *magok* mit dem Generalthema „Offene Kirche 2000" mit Ihren Beitrag „Zukunft der Kirche - oder: Wider die Lust am Untergang" in die Hände. Auf dieser Fahrt

lernte ich auch Pastor Dr. Hans-Hermann Tiemann aus Bissendorf-Wissingen kennen. Der bat mich aufgrund eines Gespräches, auf das wir uns eingelassen hatten, über das Thema Bodenrecht für ein geplantes externes EXPO-Internet-Projekt einen Beitrag zu schreiben. Diese Arbeit, die ich als Protokoll eines Gedankenprozesses verstehe, ist dann unter dem Titel „Das Boden(un)recht - Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit - Eine Sammlung fremder und eigener Texte entstanden. Sie ist aber nur in fotokopierter Form in ein paar Exemplaren im Oktober 2000 in den Umlauf gekommen, weil das Projekt sich nicht so realisieren ließ, wie Tiemann es sich vorgestellt hatte. Als ich vor einiger Zeit Tiemann auf das „gescheiterte" Projekt ansprach, antwortete er sinngemäß , daß ich an die unzulänglichen Bedingungen des Projektes denken solle und das Urteil „gescheitert" könne er nicht teilen.
In meinem eigenen Hauptteil der Textsammlung habe ich dann aus Ihrem oben angeführten Artikel zitiert. Der Titel des Hauptteils - den ich als Konfessionsloser [1] geschrieben habe - lautet:

1a) Ich bin evangelisch getauft und konfirmiert, in einem spannungsgeladenem katholischen Umfeld aufgewachsen und schon in den 50er Jahren aus der Kirche ausgetreten, weil ich das kirchliche Glaubensbekenntnis nicht als das meine empfand. Theologen haben aber immer wieder als Impulsgeber bei mir gewirkt. Hervorheben möchte Pastor Wilhelm Mensching, den ich im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg wiederholt begegnete. Mein Familienname (Abrahams Sohn) verweist auf eine ostpreußische-litauische Herkunft und könnte vermuten lassen, daß ich ein Flüchlingskind bin. Dem ist nicht so. Mein Vater kam schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in das oldenburgische Münsterland. Meine Mutter - ein Kolonistenkind aus dem Fehngebiet - ist ostfriesisch-holländischer Abstammung.

b) Es ist schon gefragt worden, ob meine Familie Abromeit verwandt wäre mit Dr. Hans-Jürgen Abromeit, der seit dem 21. 5. 2001 Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche ist. Ich muß das verneinen, zumindest bis zur Väterebene. Ich hätte aber nichts dagegen, wenn er mein Vetter wäre. Ob das umgekehrt auch gilt, weiß ich natürlich nicht. Über www.amos-blaetter.de habe ich mir zwei Texte von H.-J. Abromeit zugänglich gemacht.

In der „... Rede von der 'bleibenden Erwählung' Israels - ein zu hoher Preis für Identität" heißt es einleitend: „Die Christen haben ein Problem mit dem Judentum. Dies ist uns in Deutschland besonders grausam bewußt geworden. Warum hat in den zwölf Jahren der Barbarei von 1933 bis 1945 die Kirche nicht aufgeschrien, als staatliche Instanzen planmäßig jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger diskriminierten, ausgrenzten, mißhandelten, deportierten und schließlich liquidierten? Warum klingelten bei solcher Art von "Bruder- und Schwesternmord" nicht bei allen Christinnen und Christen die Alarmglocken? Die evangelische Kirche hat (fast) nichts unternommen, um einem solchen Diskriminieren und schließlich Morden Einhalt zu gebieten. Langsam, allzu langsam, hat sich Erkenntnis durchgesetzt. Die Christenheit war nicht nur zu feige, um ihre Stimme zu erheben. Das wäre menschlich verständlich, wenn auch eine Art von unterlassener Hilfeleistung. Nein, viele theologische Analysen, exegetische wie kirchengeschichtliche Arbeiten haben gezeigt: es gibt eine christliche Judenfeindschaft, die das Christentum wie ein dunkler Schatten vom Neuen Testament bis heute begleitet. Diese Antihaltung zum Judentum hat offensichtlich die Entwicklung des rassischen Antisemitismus begünstigt. Man sah wenigstens keinen Grund, ihm entgegenzutreten. Die christliche Judenfeindschaft ist eine Komponente (wahrlich nicht die einzige, aber eine wichtige) des modernen Antisemitismus geworden.
Dieser Schatten des Christentums hat unsere christliche Identität geschädigt. Ein christlicher Glaube, der aus dem unverdienten Geschenk der Gnade Gottes in Jesus Christus nicht die Konsequenz zieht, für die Wahrung von Menschenrechten und Menschenwürde, nicht nur der eigenen, sondern gerade auch der der anderen, einzutreten, macht diese Gnade billig. "In dieser Kirche findet die Welt billige Bedeckung ihrer Sünden, die sie nicht bereut und von denen frei zu werden sie erst recht nicht wünscht. Billige Gnade ist darum Leugnung des lebendigen Wortes Gottes, Leugnung der Menschwerdung des Wortes Gottes." (Dietrich Bonhoeffer, Nachfolge, München 1971, 13)."
Im historischen Antisemitismus zählt H-G Abromeit eine wesentliche Komponente nicht auf, und daß ist die ökonomische. Das Geld hat die Arbeitsteilung und damit den gesellschaftlichen Fortschritt möglich gemacht. Dem Geld haften aber von Anbeginn auch gesellschaftszerstörerische Wirkungen an. Wäre es nicht so, wäre es kein biblisches Thema. Der Ausdruck dieses Problem ist das kalbende Geld, das goldene Kalb. Das Zinsnahmeverbot war der Versuch, daß Problem klein zu halten. Das Zinsverbot zeugte aber neue Probleme. Die Juden, die mit allerlei Berufsverboten belegt waren, aber nur einem eingeschränktem Zinsnahmeverbot unterlagen,

„Die Reise - teils gedanklich, teils konkret - von der Kindertaufe in Frankfurt über die Wartburg in Eisenach, der EXPO 2000 in Hannover zum Thema Bodenrecht auf der Homepage der Stadt Osnabrück im Internet".

Diese Hinweise gebe ich nicht aus Zeilenschinderei oder um die eigenen Bedeutsamkeit herauszustreichen, sondern um auf weltweiten Konfliktherd mit biblischem Alter zu verweisen, in dem die Kirchen beteiligte Täter und sich verweigernde Konfliktlöser waren und sind. (Siehe in der Anlage: „Können die Kirchen Bündnispartner für eine gerechte Wirtschaftsordnung sein?) Die oben zitierten Worte von Ihnen, waren eben auch nicht die ersten, die in mein Bewußtsein eindrangen.

2. Die zweite Vorgeschichte dieses Briefes ist eine gedankliche Auseinandersetzung mit der Ankündigung eines Vortrages vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Prof. Rolf Wernstedt im Kloster Mariensee, wo Sie - wenn ich mich recht erinnere - auch schon gesprochen haben. Das Thema von Wernstedt war laut Ankündigung „Wahrhaftigkeit und Politik". Ich habe erst gedacht: „Will der Mensch sich um Kopf und Kragen reden. Politik ist doch durch den Ausschluß von Wahrhaftigkeit - de facto - definiert. Die Lügenhaftigkeit ist doch (auch nach eigenen parteipolitischen Erfahrungen) das dominante Prinzip der Politik." [2] Ich weiß heute noch nicht, was Wernstedt - den ich medienvermittelt als einen aufrechten Menschen einstufe - gestern vorgetragen hat. Aber mich hat das Thema ins Grübeln gebracht. Ich habe dann im Lexikon nachgeschaut, was denn unter Wahrhaftigkeit zu verstehen sei. Ich stellte fest, daß ich die Begriffe *Wahrheit* und *Wahrhaftigkeit* zu eng gekoppelt gesehen habe. Denn wahrhaftig ist ein Mensch dann - so habe ich mich belehren lassen - wenn seine Reden und sein Handeln mit seinen Überzeugungen im Einklang stehen. Ein Politiker (oder auch ein Würdenträger der Kirche) der glaubt, daß die Lüge und die Täuschung erlaubte und notwendige Instrumente sind und sie anwendet, kann also ein wahrhaftiger Mensch sein. Nun wissen wir, daß zwischen Überzeugungen und der Wahrheit (im Sinne von sachlich richtig) große Differenzen bestehen können. Wir kommen damit zu der unangenehmen Einsicht, daß der Natio-

---

waren - in dem sie die Rolle des Geldverleihers, manchmal auch die des Notenbankers übernahmen - die willkommenen Lückenfüller im ökonomischen Getriebe. Da mit waren aber nicht die Probleme behoben, die dem Geld anhafteten und noch immer anhaften. Da es keine vernünftigen Erklärungen für die Störungen gab, wurden einfach die Juden, die im Geldgewerbe dominant waren, als die Schuldigen erklärt. Wenn Luther noch ein strukturelles oder institutionelles Problem personifizierte, war das noch verzeihlich. Aber seit Beginn des vorigen Jahrhunderts, sind die Ursachen und die Wirkungen des Zinses beschrieben. Die Kirchen sind also nicht nur wegen ihrer Judenfeindlichkeit schuldig geworden, sondern auch weil sie in Bezug auf weltliche Dinge leichtgläubig, machtdienerisch und flüchtig waren und sind - flüchtig im Sinne von ins Jenseitige ausweichend.

2 Laut HAZ vom 17. 1. 02 hat unser Ministerpräsident Sigmar Gabriel in der Ev. Akadmie Loccum in Ihrer Gegenwart gesagt: „In der Politik sage man sich häufig nur unter vier Augen die Wahrheit, aber fürchte den Stellungskrieg der Öffentlichkeit."

nalsozialist, der überzeugt war, der Jude ist die Ursache des Übels dieser Welt und ihn totschlug, ein wahrhaftiger Mensch war. Das gleiche können wir dann von dem Bolschewisten sagen, der aus ähnlichen Motiven den Kulaken totschlug oder von dem Christen, der den Moslem ermordete oder umgekehrt.

3. Diese Gedanken haben mich dann in Tagung „Maßverhältnisse des Politischen" der Ev. Akademie in Loccum getrieben . Ich war davon ausgegangen, daß es wie üblich eine themenzentrierte Tagung sei, und war erst ein wenig enttäuscht, daß ich in eine autorenzentrierte Tagung mit Alexander Kluge und Oskar Negt gelandet war. Die Enttäuschung wich aber bald bei den vorgetragenen Gedankenreichtum der beiden Hauptpersonen und der anderen Referenten. Ein Bedauern ist aber geblieben, von dem vermuteten Gedankenreichtum der Hörer nur wenig mitbekommen zu haben. Die Tagung hätte eine Woche dauern müssen. (Ich weiß, daß das unter den gegebenen Bedingungen nur schwer oder gar nicht zu finanzieren und zu organisieren ist.) Karl Ludwig Baader schreibt in der heutigen Ausgabe der HAZ: „Negt und Kluge möchten mithelfen, alle gedanklichen und emotionalen Vermögen der Menschen zu mobilisieren, eine mögliche Gewaltentladung langfristig zu verhindern. Kluge setzt dabei auf das 'Urvertrauen', das wir im engen Mutter-Kind-Kontakt erfahren. Dieses 'notwendige falsche Bewußtsein' (dass es die Welt gut mit mir meint) brauchen wir, meint Kluge, aber zum Urvertrauen gehöre auch Misstrauen, zur Hoffnung auch die Beschreibung der Bitterkeit der Verhältnisse. Erst beides zusammen gehöre zur Aufklärung, unterstreichen die beiden." [3] Als einen weiteren Aspekt der Bemühungen von Negt (Jahrgang 34) und Kluge (Jahrgang 32) habe ich die Aufforderung wahrgenommen, unsere Gedanken, Gefühle und unsere ideellen Bezugspunkte anschlußfähig zu machen und zu halten an die Gedanken, Gefühle und Bezugspunkte anderer Menschen, jetzt und zu vergangenen Zeiten, hier und und an anderen Orten. Wie das nun zum praktischen und sicheren Handeln führen soll, ist mir in Loccum nicht klar geworden. Vielleicht haben Kluge und Negt an ihre eigene gemeinsame Arbeit gedacht. Wenn die Bedingungen gut sind kann die Arbeit Menschen verbinden, „verkuppeln". Eine der Weisheiten von Wilhelm Mensching [4] bestand nach dem Krieg darin, verfeindete Menschen körperlich miteinander arbeiten zu lassen.

3 Dieses Urvertrauen, daß auch ich für die Bewältigung des Lebens notwendig halte, daß mich auch persönlich trägt, halte ich nicht für ein falsches Bewußtsein und auch nicht durch die Mutter-Kindbeziehung vermittelt, allenfalls gefördert, sondern für eine genetisch verankerte Grundausstattung des Menschen. Dieses Urvertrauen soll uns im größten Lebensschmerz daran erinnern, daß im Schöpfungsplan - egal mit welchen Bildern wir ihn beschreiben - für uns Lebensformen vorgesehen sind, die weniger Leiden und mehr Glücksempfinden bedeuten. Dies scheint mir bei uns Menschen mit der Instinktreduzierung eine Voraussetzung für zielgerichtetes, suchendes Handeln sein. Als mir als junger Mensch bewußt wurde, daß auch ich ein denkendes Wesen bin, mir die Niederschrift eines Satzes aber noch mehr als mühsam war, habe ich formuliert: „Der Schmerz ist die Frage nach dem Warum. Das Denken ist die Suche nach einer Antwort." Das kann man individuell wie auch kollektiv sehen.

4 Ich meine nicht den Professor für Theologie, sondern den Pastor in Bückeburg.

Dies ist eine Möglichkeit sich selber schneller im anderen zu erkennen, als in theoretischen Debatten.[5]

Die Frage nach der Wahrhaftigkeit wurde in mir dann noch einmal unter einem anderen Blickwinkel lebendig. Prof. Dirk Baeker, Soziologe an der Universität Witten/Herdecke, wies in seinem Gesprächsimpuls „Zur Struktur gegenwärtiger Konflikte" darauf hin, daß sich politische Macht in der Besetzung von Ämtern (und den dahinterstehenden Apparaten) und ihrer Vernetzung mit anderen Ämtern manifestiere. Diese Ämter haben ihr Eigenleben, das von dem jeweiligen politisch motivierten Amtsübernehmer verändert werden soll, aber nicht beliebig verändert werden kann. Mir kam die Frage, ob hier die Ursache dafür liegt, daß politische Kampfgefährten (besser: Mitwirker), die zu einem Amt kommen, den Genossen, der Basis, der Mitgliedschaft - von denen bzw. von der sie in das Amt gehoben wurden - so verräterisch verfremdet erscheinen. Diese Erscheinung gilt sicher auch für nichtstaatliche Ämter. Das provoziert die Frage: Erlaubt das Bischofsamt der Amtsinhaberin Wahrhaftigkeit? Von mir selber kann ich sagen: Ich habe mich um Wahrhaftigkeit im Denken und Handeln bemüht und darüber hinaus immer wieder versucht, zu kontrollieren, ob meine Überzeugungen auch wahr (sachlich richtig) sind. Die Folgen waren, daß ich dabei oder dadurch immer wieder im politischen (und beruflichen) Aus gelandet bin. Merkwürdiger Weise haben mich diese Erfahrungen mehr bereichert als verbittert. Vor langer Zeit las ich einmal, daß das Gute sich nur durchsetzen könne, wenn es nicht erst im Himmel, sondern hier auf Erden belohnt würde. Orden aus der Hand der Mächtigen und Lob aus dem Munde von öffentlich bestallten Moralisten, wäre aber kein geeigneter Lohn, eher ein Mittel das die Eitelkeit fördere. Ich schließe mich heute dieser Ein- und Ansicht an. Wirklich selbstlos können wir nicht handeln. Wir können unseren Egoismus nur partiell in den Stand des Altruismus transformieren.

Jetzt zu den anfangs wiedergegebenen Stichworten aus Ihrer Rede (Predigt ?) in Garbsen:

1.1 Es ist durchaus ein Fortschritt, wenn von einer Trägerin eines hohen Amtes einer Kirche das Armutsrisiko als Skandal benannt wird. Damit ist der Tatbestand als solcher natürlich noch nicht aus der Welt. Bei der Lösung des Problems können wir versuchen, via Steuer die Menschen zu Lasten ihres verfügbaren Lohnes zu einem Ausgleich zu zwingen und ein Teil der ökonomischen Kinderlast auf Bürger abzuwälzen, die bewußt oder ungewollt kinderlos sind.[6] Die Grenze dieses Weges haben wir schon erreicht. Danach erfolgt Verweigerung oder Rebellion. Den Kapitalertrag können wir mit den bisher politisch angewendeten Mitteln für einen Ausgleich aber nur unwirksam anzapfen, ohne noch größeres Unheil zu erzeugen. Der steuerli-

5 Eine ausschließliche verbale Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit ist Zeitverschwendung.

6 Die Frage, ob das gerecht ist, würde ich als Vater von 7 Kindern verneinen.

chen Abschöpfung erfolgt auf dem Fuß die Subvention. Und doch gibt es Wege des Ausgleichs im marktwirtschaftlichen System. Nur diese Wege zu prüfen, stößt schon auf unverständlichen Widerstand. Sogar an einem relativ freien Ort wie jener der Akademie in Loccum dürfte es schwer sein, diese Lösungswege - die nicht weit von Ludwig Erhard weg sind - auf die Tagesordnung zu setzen.

1.2 Das inhaltliche Problem der Erziehung kann nicht durch die Erhöhung des Stellenwertes der Erziehung gelöst werden. Trotz oder gerade wegen der reichhaltigen Literatur zur Erziehung besteht eine hohe Unsicherheit vieler Eltern und Personen, die mit der Erziehung direkt oder indirekt zu tun haben, darüber was richtig oder falsch in der Erziehung ist. Die Pisa-Studie hat die Unsicherheit und dazu den Druck vergrößert. Wir stecken in einer selbstverschuldeten Bildungsfalle, die in den Familien und Bildungsinstitutionen erheblichen Reibungsverluste und Feindseligkeit erzeugen. Mit dem einen oder anderen Gutachten, mit Verordnungen und Gesetzen mit dem angeschimmelten Geist aus der schlecht gelüfteten Speisekammer von vorvorgestern kommen wir nicht aus dieser Falle heraus. Wenn wir die aktuellen Tageszeitungen aufschlagen, erscheint es so, als ob die Bildungspolitik von den politischen Parteien und von den Verbänden kontrovers diskutiert wird. In den Nuancen stimmt das auch. Im Generellen bewegt sich die Bildungspolitik aber in zentralverwaltungswirtschaftlichen Denkbahnen. Nicht mehr die kirchliche Hierarchie bestimmt, wie gelernt und was gelehrt wird, sondern demokratisch angetünchte Bildungsverwalter und –Zensoren. Offensichtlich merkt keiner, daß man die Lust auf Freiheit auf Teilhabe an der geistigen Welt, nicht mit Zwang und politischen Vorgaben erzeugen kann. Der Lehrerberuf, der ein schöner und kreativer sein könnte, wurde und wird auf den Status des Vollzugsbeamten reduziert. Eine Kirche füllende Seelsorge könnte sein, wenn die PastorInnen Kinder, Eltern, Erzieher, Lehrer, Ausbilder und analytische Experten ohne moralisierenden Unterton auf gleicher Augenhöhe mit Spiel und Musik zu klärenden Gesprächen einladen würden. (Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht für diese Empfehlung.)

2. Da wir nicht mehr in autarken Großfamilien leben, ist ein überindividuelles und überfamiliäres soziales Sicherungssystem notwendig. Dafür zu wirken und zu streiten ist gut. Gut ist es aber nicht, einfach ein vorhandenes Sicherungssystem zu verteidigen und dabei zu übersehen, daß ein wesentlicher Teil der Arbeitnehmerökonomie zu einem Instrument der Entmündigung und der Ausbeutung geworden ist. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung Löhne in anderer Form sind. Die staatlichen Zwangsabgaben (Steuern und Abgaben) hebeln schon lange die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes aus. Und es ist nach wie vor eine Illusion mit Hilfe der staatlichen Umverteilung den kapitalistischen Sta-

chel aus dem Sozialkörper „Gesellschaft" ziehen zu können. Die staatlichen Umverteilungsversuche wirken nur innerhalb des Arbeitseinkommens, verursachen Bürokratismus, neue Ungerechtigkeiten und reduzieren durch die Umverteilungskosten die verfügbare Summe des Arbeitseinkommens, machen den arbeitenden Menschen also ärmer.[7]

3. Bei der „Ökonomisierung" müssen wir unterscheiden lernen, ob es das Ziel ist, das freiheitsstiftende, dienende, dezentrale Kooprations- und Koordinationssystem *Marktwirtschaft* für ein weiteres Teilgebiet öffentlichen Lebens einzusetzen, oder ob es das Ziel ist, weitere gesellschaftliche Bereiche dem herrschenden Rentabilitätsprinzip zu unterwerfen. Mit den heutigen Mitteln können wir das erste wünschenswerte Ziel nicht verfolgen, ohne das böse wirkende Ziel der Unterwerfung und Ausbeutung zu fördern. Gedanklich ist das goldene Kalb schon lange vom Sockel gestoßen. Bisher verweigern aber die Politik, die sogenannte Wissenschaft und auch die Kirchen eine offene, nachvollziehbare Beschreibung der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus zur Kenntnis zu nehmen. Das führt dazu, daß das Lamento über die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche nicht ohne Heuchelei ist.

4. Die Würde des Menschen wurde nach meiner Ein- und Ansicht im ganzen vorigen Jahrhundert für die große Mehrzahl der Menschen mißachtet und nicht nur von jenen, denen sie gleichgültig war. Am Sonntag mittag erzählte eine Tischgenossin - eine alte Frau - in der Ev. Akademie in Loccum, daß sie an einem Seminar, das parallel zur oben beschriebenen Tagung mit rund 140 TeilnehmerInnen lief, teilgenommen hätte. Es wäre ein sokratisches Gespräch zum Thema „Die Würde des Menschen" gewesen. Das wäre ein mühsames aber letztendlich doch gutes Unterfangen gewesen. Ich habe ihr dann erzählt, daß ich schon vor Jahren die Idee schriftlich fixiert hätte, den Begriff politisch und juristisch operativer, handlicher zu machen und ihm seine Schwammigkeit zu nehmen. Es wäre doch so, daß die Menschen unter ihrer

---

7 Bei Oskar Negt heißt es in seinem Beitrag „In Erwartung der autoritären Leistungsgesellschaft"
„Die verkündete »Synchronisierung einer dynamischen Wirtschaft mit der Verteilung des Sozialprodukts« [13], die nichts anderes bedeuten kann als die Ersetzung des parlamentarisch gesteuerten Verteilungsmechanismus durch einen staatlich institutionalisierten »wirtschaftlichen Imperativ«, kann auf Kosten der unterprivilegierten Schichten und der gefährdeten mittelständischen Existenzen jedoch nur realisiert werden, wenn der Stimmenrückhalt der auf »soziale und industrielle Hygiene« [14] verpflichteten bürgerlichen Parteien seine naturwüchsige Abhängigkeit von ad hoc beschlossenen sozialstaatlichen Maßnahmen verliert. In ungewohnter Prägnanz hat Ludwig Erhard bereits 1952, im Endstadium des zwangswirtschaftlichen Dirigismus, die der privatkapitalistischen Marktwirtschaft immanente Dialektik formuliert: » ... daß der unter sozialen Vorzeichen eingeleitete Wohlfahrtsstaat aus sozialen Gründen schnellstens wieder abgebaut werden muß [15].« (S. 203 im Sammelband „Der CDU-Staat, Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967) Wissenschaftler, die durch die marxistische Lupe die Wirklichkeit betrachteten, konnten Erhard nicht anders als mißverstehen. Man darf nicht vergessen, daß Erhard durch Oppenheimer für eine soziale Ökonomie geprägt war. Ich habe Grund anzunehmen, daß Erhard den Wohlfahrtsstaat als zu bürokratisch, zu kosträchtig und zu entmündigend ansah. Er war noch von der Idee geleitet, den Kapitalertrag durch Vollbeschäftigung und Wettbewerb so weit herunter zu fahren, daß die Arbeit sich ihre Sicherung kostengünstiger selbst organisieren kann. Dieses Ziel ist von seiner Partei, die CDU, von der FDP und von der SPD nicht verstanden oder gar sabotiert worden. EinVorgang der durch die Schwächen der Wirtschaftswissenschaften gefördert wurde..

Würde zu jeder Zeit an jedem Ort etwas verschiedenes verstehen würden. Es gelte für einen bestimmten Kulturbereich in einem engen Zeitraum zu umschreiben, was als die Würde des Menschen gelten soll oder zu betrachten sei. Da die Stabilität des Preisniveaus mit Hilfe von Einzelpreisen eines ausgesuchten und gewichteten Sortiments im sogenannten Warenkorb gemessen würde, wäre mir die Idee kommen, die Würde mit einem Korb aus (Umgebungs-)Werten, Eigenschaften, Zumutbarem, Unzumutbarem und Ausstattungen einem klareren Inhalt zu geben. Diese Idee könnte durchaus versuchsweise in einem Arbeitskreis oder einer Tagung realisiert werden. Durch eine Veröffentlichung könnte man dann testen, wie andere Menschen darauf reagieren.

5. Die weltweiten Probleme, sind meistens Probleme, die sich national und lokal wiederholen. Das ist eine Chance zur ihrer Bewältigung. Denn so wie in früheren Zeiten Städte ganze, bewährte Rechtssysteme anderer Städte übernommen haben, so können auch Regionen, Staaten, Kontinente Problemlösungen übernehmen , die lokal, regional oder national erfolgreich waren. Diese Idee finden wir auch bei Ludwig Erhard oder schon bei Silvio Gesell. Von manchen linken Zeitgenossen wurde sie als imperialistisch mißverstanden. Ein Algerier sagte zu einem Deutschen, der glaubte Algerien entwickeln zu müssen: „Du hilfst uns am meisten, wenn Du die Dinge bei Dir zu Hause in Ordnung bringst." (Siehe Nachtrag II)

6. Mit „Gott hat uns die Erde anvertraut" sind wir bei der unverzichtbaren Lebensgrundlage eines jeden Menschen - gestern, heute und morgen - ; weiter sind wir bei dem Postulat „alle Menschen sind gleich" und bei den ökologischen Grundlagen unserer Ökonomie, also beim Bodenrecht. Ich will jetzt aber nicht auf die eigene Arbeit eingehen, sondern verweise auf die Zeitschrift *Fragen der Freiheit* des Seminars für freiheitliche Ordnung (zu erreichen über www.sffo.de . Das Heft 245 trägt den Titel „Fortschritt und Armut - Leben und Werk Henry Georges", das Heft 257 wurde unter das Leitthema „Wieviel Erde braucht der Mensch" gestellt. Einen Verweis auf dieses Problemfeld enthält auch mein Text „Die Flug-Bomben ..." zu erreichen unter http://home.t-online.de/home/abromeit.

7.1 „Wir müssen handeln", wir können gar nicht anders, auch wenn wir nichts tun, handeln wir. Trotzdem sind die Fragen „Was tust Du für Dich und die Deinen?" „Was tust Du für die Gemeinschaft?" voll berechtigt. Wenn auch nur ein weiterer Mensch ein freundliches Lächeln für einen Fremden hat, dem Nachbarn eine kleine Gefälligkeit erweist, dem Kollegen nicht dick aufs Brot schmiert, daß er selbst die Arbeit ja besser oder schneller macht oder wenn er zur Le-

benspartnerin, zum Lebenspartner eine unerwartete Geste der Zuneigung zeigt, dann ist die Welt schon besser. Und diese kleine Differenz in Richtung „besser" multipliziert sich mit der Zahl jener, die dem Beispiel folgen. Dieser Hang zum besseren Tun verstärkt sich sicher leichter wenn er als Gott gefällig oder dem großen Ziel dienend empfunden wird. Ich bin aber davon überzeugt, daß der Hang zum Guten[8], zum besseren Tun auch abhängig ist von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Aufgabe wäre also herauszufinden wie diese Rahmenbedingungen, die das Gute leichter ermöglichen, aussehen müssen.. Die weitere Aufgabe wäre dann im kleinen wie im großen solche Rahmenbedingungen herzustellen.

7.2 Wir dürfen aber nicht so tun, als wenn wir durch individuelle Verhaltensänderungen die zerstörerischen Kräfte fehlerhafter Strukturen und Institutionen ändern könnten. Wer das predigt, der fördert am Ende nur destruktive Enttäuschung und Wut. Es ist nicht so, daß es an Zeit und Mitteln fehlt, unbrauchbare Institutionen durch neue zu ersetzen. Was schwierig ist, ist - mit Keynes gesprochen - die Vorstellungen von „richtig" und „falsch" in den Köpfen der Menschen auszutauschen. Wir haben Hitler und die grausamen Folgen nicht über uns ergehen lassen müssen, weil plötzlich ein paar Generationen Deutscher ausgerastet sind oder von einem Virus der Bösartigkeit befallen waren, sondern weil die Mitglieder der demokratischen Parteien und der anderen meinungsbildenden Institutionen mit untauglichen verinnerlichten „Handlungsanweisungen" besetzt waren und neue, bessere nicht aufnehmen konnten. Die Situation - im Sinne des gedanklichen Besetztsein - ist heute nicht viel besser. Dabei können die heute handelnden Generationen vom Glück reden, daß die bösen Taten der vorhergehenden Generationen sie vor größeren bösen, politischen Fehlleistungen schützen.

7..3 So wie es für einen Gefängnisinsassen überlebensnotwendig ist, daß er wenigstens auf dem Gefängnishof seine Runden gehen kann, so ist es auch für den Normalbürger, der im Gefängnis aus vorselektierten Nachrichten lebt, erforderlich, daß er Informationen wenigsten im kleinen Umfang - ohne Rücksicht auf die Wirksamkeit nach außen - weiterverarbeitet und in Handlungen umsetzt. Insofern ist die Aufforderung zum Handeln für das Individuum und die Gesellschaft gut. Nun könnten wir uns aber das ganze Strafgesetzbuch und viele Paragraphen in den anderen Gesetzbüchern sparen, wenn es nur ein richtiges und gutes Handeln gäbe. Aber wir wissen doch alle, daß dies nicht der Fall ist, und daß die Urteile „gut" oder „böse" häufig nur eine Frage der Perspektive oder der Interessenslage ist. Die unterschiedlichen Bewertungen von dem Terroristen und dem Helden resultieren aus Sieg und Niederlage. Das Fatale in einer

8 Das Böse kann man ja auch als das verhinderte Gute betrachten.

ungenügend aufgeklärten Gesellschaft, in der es keinen Konsens über gut und böse gibt, ist, daß die Gefahr besteht, daß die Menschen in ihrer Orientierungslosigkeit Rattenfängern hinterherlaufen. Dabei ist es falsch, deren politische Heimat immer nur in den politischen Extrempositionen zu vermuten. Es genügt auch nicht, einfach zu sagen: Tut Gutes. Im starken Nebel nützt es nichts zu sagen, wandere der Sonne entgegen. Und wenn der Anspruch auf geistige Autonomie des Individuums nicht verraten werden soll, können die Ziele auch nicht autoritär mit einem demokratischen Zentralismus vorgeben werden. Was erforderlich wäre, ist eine Hilfestellung für jedermann beim Suchen des eigenen Weges und Zieles, des Erkennens der gemeinsamen Wege und Ziele. Wer nun erwartet, daß die Kirchen, Schulen, Parteien und Verbände diese Hilfestellung leisten könnten - und dies tun würden ohne Rücksicht auf die Gefahr, daß sie sich am Ende dadurch selber überflüssig machen würden - liegt mit seinen Erwartungen falsch, sogar dann, wenn ein solches Handeln in den eigenen Satzungen der Vereinigungen verankert wäre. Denn es scheint so eine Art Naturgesetz zu sein - so las ich bei einem Psychoanalytiker - das Vereinigungen, sobald sie gegründet wurden, gegen die Ziele wirken, zu dessen Realisierung sie geschaffen wurden. Die Aufklärung sitzt also in der Falle. Ich weiß nicht, wie man sie daraus holen kann. Eine wirkliche tiefgreifende Verfassungsarbeit, die dem Bürger Zielklarheit und dem Staat eine gültige demokratische Legitimation hätte geben können, wurde von den sich demokratisch nennenden Parteien nach der Vereinigung von DDR und BRD verhindert.

Abschließende Bemerkungen:

In der HAZ vom 21. 1. 02 fand ich folgenden Leserbrief von Kurt Ehrenstein: „**Religion abschaffen** / Zu dem Bericht: „Jeder betet für sich" vom 11. Januar: / Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn der Hodsch sagt, die Welt habe nur mit den Religionen eine Zukunft. Das Gegenteil ist der Fall! Ich könnte mir eine friedlichere Welt vorstellen, wenn es möglich wäre, sämtliche Religionen abzuschaffen, denn bis in die heutige Zeit sind fast alle Religionen die Triebfeder für Kriege, Völkerhass, Folter und Mord. Auch ist es inhuman, was alles im undefinierbaren Wort „Gottes" geschieht! Gott ist nicht des Menschen scheußlichste Erfindung, aber sicher die, die er am scheußlichsten missbraucht: Die Heuchelei in diesen Kreisen ist riesengroß."

Sicher ist es so, daß im Namen von Religionen und Göttern viele Scheußlichkeiten begangen wurden und heute noch begangen werden. Sogar der jetzige Papst hat das eingestanden und bat und betet um Vergebung. Auch ist nicht zu übersehen, daß Religionen politisch instrumentalisiert wurden und werden. Und doch bin ich davon überzeugt, daß Kurt Ehrenstein in seinem Urteil von einer optischen Täuschung in die Irre geleitet wurde. Denn die Religionen können

nur in Zeiten der Bedrängnis, der Ungerechtigkeiten, des Hungers und der Demütigungen im kriegerischen Sinne instrumentalisiert werden. Sie dienen dann als Banner, als Fahne, unter der sich die Bedrängen zur Abwehr sammeln, um Ungemach abzuwenden. Ist die Vorratskammer voll, das Bett weich und warm und die soziale Stellung sicher, ist der Mensch toleranter und wenig zur destruktiver Aggressivität geneigt. Natürlich ist Religiösität auch ausgenutzt worden, um Menschen anderen Glaubens umzubringen. Aber soweit ich das überblicke, standen dahinter immer politische Motive oder Raublust. Auch sehe ich heute noch bei uns unheilvolle Verflechtungen zwischen dem Staat und den Kirchen. Aber all das schließt nicht aus, daß wir die große Lücke zwischen unserem Wissen einerseits und unserem nicht faßbaren Ursprung und dem Ziel allen Lebens andererseits durch den Glauben schließen müssen. Die Schwierigkeiten, die wir heute mit unserem Glauben haben, liegen wohl darin begründet, daß er nicht mehr glaubwürdig ist und seine therapeutische Wirkung verloren hat.[9] Zum Teil sehe ich den Glaubwürdigkeitsverlust auch darin begründet, das die Glaubensbilder nicht mehr der von Gott verliehenen Vernunft standhalten, zweitens darin, daß die Kirchen auf Funktionärsebene (ein Pastor ist auch so etwas wie ein Gewerkschaftssekretär) die sozialen Wurzeln des Christentums sträflich vernachlässigt haben und drittens darin, daß die Berufschristen sich eher staatlicher Herrschaft zugeordnet fühlen als dem Untertan bzw. dem verhinderten Bürger.

Heute berichtet die HAZ unter der Schlagzeile, „'Das Volk hat sich geändert - nun muss sich die Kirche ändern'" über die fünf Hamburger Pastoren, die die evangelische Kirche ändern wollen. Ob das überhaupt geht? Ich sehe durchaus Chancen, wenn die individuelle Gottsuche zugelassen wird und der gelernte Theologe sich dabei als Lotse anbietet. Ich sehe aber noch mehr Kleingläubigkeit auf der Funktionärsebene (das ist keine abschätzige, sondern eine realistische Bezeichnung), weil diese mehr auf die Wirksamkeit der Kirchensteuer baut als auf Gottvertrauen und freiwillige Zahlungen der Gläubigen (Mitglieder). Die Kirchensteuer sehe ich als den modernen Judas-Lohn, den Verweis auf die guten Taten, die durch die Kirchensteuer finanziert werden als heuchlerisch, weil bei den Leistungen, die mit dem Attribut „sozial" heute angeboten werden, fast immer die erste Frage lautet: „Wer ist der Kostenträger?" Was übersehen wird, ist, daß unser „weltlicher" Staat sich im Ringen der Religionen und Weltanschauungen wettbewerbsneutral verhalten müßte. Da er dies nicht tut und dazu noch die Arbeitgeber als Eintreiber der Mitgliedsbeiträge der gläubigen und ungläubigen Christen verpflichtet, produ-

9 Aber so wie die Kirmes ihre Anziehungskraft verloren hat, weil der heutige Mensch leichter nicht-ortsgebundene Angebote wahrnehmen kann, so hat auch der Kirchgang für den Informationsaustausch und für die Teilnahme an der familiären Außenwelt durch die technischen Kommunikations- und Verkehrsmittel seine Bedeutung verloren. Hier wird deutlich, wenn der Raum für die Nebenwirkungen von Veranstaltungen nicht groß genug ist oder uninteressant wird, können die Wirkungen von Hauptveranstaltungen nicht mehr zum Zuge kommen.

ziert er Gift und Mißgunst in der Gesellschaft und Ablehnung gegenüber den Kirchen, die gar nicht in den Glaubensinhalten begründet sind.

Wenn das Spendenverhalten der Menschen berücksichtigt wird, wenn die Kirchenleute helfen würden, die Last der Zinsen (die wenigstens ein Drittel des Einkommens der Menschen ausmachen) [10]und die Abgabenlast des Staates (die sich durch die Nichtlösung von Problemen und die Produktion neuer Probleme durch die Parlamente und auch durch die Großmannssucht der sogenannten Staatsmänner immer wieder erneuert) wesentlich zu reduzieren, dann bräuchten die Kirchen nicht um ihre finanzielle Zukunft zu bangen. Die Kirchen würden bei Verzicht auf staatliche Privilegien auch neue Handlungsspielräume gewinnen. Es darf doch nicht vergessen werden, daß Privilegien auch Fesseln sind. Ich komme mir schon fast wie ein Missionar vor, wenn ich sage: „Helft Euch selbst, Ihr ungläubigen Prediger, dann hilft Euch Gott und gibt Euch als Draufgabe die sonnige Wärme des Selbstvertrauens als Förderin eines tieferen, aber heiteren Glaubens, der Euch von der Düsternis der Bilder von Hölle und Verdammung befreit."

Wenn ich einer der Hamburger Hauptpastoren wäre, würde ich noch folgende Forderung aufstellen: Keiner kommt als Pastorin oder Pastor auf die Kanzel, die bzw. der nicht nachweisen kann, daß er in einem anderen Beruf seinen Lebensunterhalt verdienen könnte. Die Wirkungen wären folgende: Es könnten sich viele kleine Gemeinden einen Seelsorger halten, die nur eine Teilzeitstelle finanzieren können. Der Seelsorger wäre unabhängiger von der Kirchenhierarchie und –Bürokratie. Der Seelsorger wüßte mehr aus eigener Erfahrung (und nicht nur aus vermittelnder Literatur) wo seine Gemeindemitgliedern der Schuh drückt. Der Seelsorger müßte nicht mehr Psychopharmaka vor dem Aufstieg auf die Kanzel nehmen, wenn ihm der Glaube abhanden gekommen ist und er als Nur-Theologe außerhalb der Kirche keine Erwerbschance sieht.

---

10 Ich fand dazu in der Zeitschrift (r)evolution (Hrsg.:INWO D, Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt) Nr. 5, Jan./Feb. 2002 in der Rubrik „Sie fragen wir antworten" folgende Frage und Antwort:

Wie ergibt sich die Berechnung derjenigen zinsbringenden Anlagesumme, ab der ein Mensch in Deutschland Profiteur des Zinssystems ist? Ich erinnere mich nur an die Zahl von 300.000 DM!

Stephan Geue

Antwort von Helmut Creutz: Die Zahl von 300.000 DM bezog sich auf die Situation eines Durchschnitts-Haushalts Anfang der 90er Jahre. Da heute die durchschnittlichen Haushaltsausgaben bei 60.000 DM p.a. liegen und der durchschnittliche Zinsanteil in den Preisen bei 40 Prozent, ergibt sich heute eine Zinsbelastung von etwa 24.000 DM p.a. Um diesen Verlust durch eigene Zinseinnahmen auszugleichen, benötigt der Durchschnittshaushalt heute, bei einer angenommenen Verzinsung von 4,8 Prozent also ein zinsbringendes Vermögen von 500.000 DM (500.000 x 4,8% = 24.000).

Sinnvoller als diese Durchschnittsberechnung ist jedoch für jeden Haushalt die Ermittlung der 40-prozentigen Belastung, bezogen auf die eigenen Ausgaben. Wenn dann die persönlichen Zinserträge die errechneten Zinslasten übersteigen, gehört man zu den Gewinnern der zinsbedingten Umverteilung.Nach Überschlagsrechnungen trifft das allerdings nur auf 10 bis 15 Prozent der Haushalte zu. Das Gros der Haushalte gehört also zu den Verlieren, wobei die Nettoverluste dieser Mehrheit den Nettogewinnen der Minderheit entsprechen.

Frau Dr. Käßmann, ich weiß nicht, ob Sie sich einen solchen Brief wie diesen als Ergebnis Ihres Aufrufes zum Handeln erwartet und gewünscht haben. Ich überschätze auch nicht Ihre Möglichkeiten, einen solchen Brief persönlich zu verarbeiten. Einem Amt, wie dem Ihren sind aber hilfreiche Geister zu geordnet, für die „ungewöhnliche Vorgänge" so etwas wie ein Lebenselexier sein können. Ich hoffe aber auch ein wenig darauf, den unten angeführten Mitlesern Denkanstöße vermitteln zu können, die weniger auf eine Rückwirkung auf den Absender, sondern mehr auf ein Weiterwirken zielen. Für mich war die Niederschrift dieses Briefes die Möglichkeit die Themen „Wahrhaftigkeit in der Politik" und „Maßverhältnisse des Politischen" in meiner Weise zu bearbeiten. Natürlich stellen sich in meinem Alter bei eigenen Bemühungen um Klärung der Dinge leicht Fragen nach „Aufwand und Ertrag" ein. Ich konnte erstaunlicher Weise aber keiner resignierende Gefühle bei der Niederschrift feststellen, wohl aber schuldbeladene, weil ich dringende Arbeiten für die Familie hinausgeschoben habe und dadurch meine Frau, die schon beruflich und durch die Kinder stark gefordert ist, noch zusätzlich belastet habe.

Ich wünsche Ihnen für Ihr Amt Kraft, durch ihre Arbeit Freunde und für Ihre Familie genügend Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Nachtrag I vom 24. Januar 2002

Christliche Soziallehre / Johannes Kleinhappl

Heute erhielt ich die fünf Bände mit dem Nachlaß von Johannes Kleinhappl, herausgegeben und eingeleitet von Ernst van Loen. [11]. Die Haupttitel lauten wie folgt: Christliche Wirtschaftsethik / Soziales Christentum / Christentum und Kapitalismus / Kirchliche Kapitalismuskritik und Unos contra omnes. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß ich das Werk von der ersten bis zur letzten Seite durcharbeiten werde. Ich bin ein langsamer Leser, die Konkurrenz der Bücher, die gelesen werden wollen, ist groß und die Zeitspanne von Leben, die verbleibt ist, ist (unbestimmt) klein. Mir ist es aber wichtig auf das Wirken von Kleinhappl und van Loen hinzu-

11 Ausgeliefert vom Verein *HIFA Austria - Nigeria, Staudingergasse 11, A - 1200 Wien / T.0222-3300325*

weisen. Es geht mir dabei nicht so sehr darum, auf große oder engagierte Geister zu verweisen, als vielmehr um die Bewältigung unserer Gegenwart und Zukunft. In meinen Texten „Agenda Niedersachsen 2001" habe ich für die Vergangenheit geurteilt, daß die eigentlichen Eichmänner, die Sozialwissenschaftler sind. Ich urteilte nicht so, weil ich sie für schlechte Menschen halte, sondern, weil sie in ihrem Forschungsamt - trotz einer unüberschaubaren Menge von produzierter Literatur - mehr Glaubenskriege geführt als rationale und rationelle Forschung betrieben haben. In meinem Text „Die Flug-Bomben - Tod und Zerstörung am 11. September 2001 in den USA und danach in Afghanistan" habe ich mein Urteil über die SozialwissenschaftlerInnen (im weitesten Sinn) wie folgt modifiziert: In der Wirkung schlimmer als Osama bin Laden, die Al Quaida, die Taliban. Dabei urteile ich nicht als einer der den totalen Ein- und Überblick hat (Ich habe mein Berufsleben als Bootsbauer beendet), sondern als einer, der soweit einen Einblick hat, um Mißstände und Widersprüche feststellen zu können. Ich sehe die Fehlleistungen der Sozialwissenschaften nicht durch Verschwörungen[12] verursacht, sondern a) durch eine mangelhafte Verfassung der Sozialwissenschaften (mit Betonung auf Wirtschaftswissenschaften) und b) durch die Art des Denkens in den gesellschaftlichen Verbänden, wie Gewerkschaften, Parteien, Verbände und eben auch Kirchen und den direkten und mittelbaren Einfluß dieses Denkens auf die Sozialwissenschaften. Offensichtlich kann die Mitgliedschaft von Organisationen konkurrierende Wahrheiten nicht als eine Möglichkeit sehen, zu einer höheren Stufe der Wahrheit zu kommen, sondern sieht solche als eine Bedrohung des Selbstverständnisses und damit als eine Existenzbedrohung der eigenen Organisation - und daraus folgernd, als eine Bedrohung der eigenen Position oder gar Person - an. Die Einheitswahrheit ist folglich das wahre. Wer sie nicht akzeptieren kann, muß ausgestoßen werden. Lassen sich konkurrierende Wahrheiten nicht vermeiden, müssen die Differenzen heruntergespielt werden, muß ihre mündliche oder schriftliche Präsentation ausgewogen sein. Lähmung und Fehllenkung der Kräfte, die durch die Organisation von Menschen erreicht wurde, ist die Folge. Von Gorch Fock habe eine Geschichte in Erinnerung. Ein Matrose auf einem sinkenden Kriegsschiff läuft ohne Rücksicht auf sein eigenes Leben über glühende Decksplatten, um eine seine Hände versengende Tür zu öffnen, die den rettenden Weg von Kammeraden versperrt. Diese Bereitschaft der Selbstopferung, um anderen das Leben zu ermöglichen, fehlt unseren Organisationen in der großen Mehrzahl. Vielleicht sollte mehr darüber nachgedacht werden, was das Kreuzsymbol für die Organisation der Kirche zu bedeuten hat.

Soweit ich es verstanden habe, kann man Johannes Kleinhappl als den Gegenspielerzu Oswald

12 Verschwörungen mit dem Ziel bestimmte Beschreibungen von gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen zu fördern oder zu unterdrücken mag es geben. Ich halte aber eine gezielte, weltweite Lenkung von sozialökonomischen Betrachtungsweisen nicht für möglich, weil solche Versuche fast automatisch Gegenkräfte mobilisieren würden.

von Nell-Breuning sehen., sozusagen als die konkurrierende Wahrheit innerhalb der Katholischen Kirche Die katholische Hierarchie konnte mal wieder keine abweichende Wahrheiten ertragen, entschied sich für Nell-Breunings Wahrheit, mußte darum Kleinhappl aussondern, verhinderte dadurch aber gleichzeitig die Wahrheit der höhere Ebene und muß nun als Strafe heute mit einer untauglichen Wahrheit leben, die zu ihrer Unglaubwürdigkeit beiträgt. Solche Fälle gibt es bestimmt auch in den protestantischen Kirchen.

Ich habe nun in meinen Unterlagen gekramt, um nachzuzeichnen, wie Johannes Kleinhappl in mein Bewußtsein eingedrungen ist. In meinem Rundbrief vom 2. 2. 68 an Freunde fand ich folgende Passage:

> *Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich von Karl Walker die Schrift „Christliche Soziallehre - wohin? Beiträge zu ihrer Standortbestimmung in der Gegenwart" erhalten. Die Schrift ist 1971 im Selbstverlag der Anton Orel-Gesellschaft, 1080 Wien, Postfach 72 erschienen. Ich habe erst jetzt diese Schrift gelesen und finde, daß sie eine wichtige Arbeitsgrundlage für die Freunde in der CGW (und darüber hinaus) sein könnte. Ist die Schrift allgemein bekannt? Kann durch die CGW eine vielleicht vorhandene Restauflage erworben werden? Oder lohnt der Nachdruck? Die Beiträge: „Genesis und Folgen des Kapitalismus" von Franz Koutny; Aufgaben und Verfahren einer Christlichen Gesellschaftslehre" von Dr. Karl Lugmayer; „Canon 1543 des Kirchengesetzbuches und die Zinsfrage" von Dr. Johannes Kleinhappl; „Die historische Bedeutung der Orel-Bewegung" von Dr. Ernst Joseph Görlich.*
>
> *Koutny brauchte nur an einer Stelle auf Gesell verweisen und er hat es ohne wenn und aber getan. In der beigelegten Zeitschrift des Karl-Vogelsand-Bundes „Das neue Volk" vom April/Juni 1971 befindet sich eine Buchbesprechung dazu. In dieser Zeitschrift befindet sich auch ein Beitrag von Kleinhappl mit dem Titel „Oswald von Nell-Breuning S.J. und Quadragesimo anno". Der Schlußsatz lautet hier: „Es ist tief bedauerlich, daß N.-B. mit der Abfassung von Qa betraut worden ist. Er hat diesen Auftrag benützt, um seine, dem Sittengesetz vielfach widersprechenden, Meinungen dem gläubigen Volk aufzuzwingen und andere, die anders dachten als er, zum Schweigen zu bringen. Der Schaden ist groß."*

Aus der Zeitschrift „Der Dritte Weg" (heute: Humanwirtschaft), Ausgabe Juli / August 1996, füge ich der Anlage den Artikel von Johannes Heinrichs (Ex-Jesuit und heute Professor an der Humboldt-Universität in Berlin) mit dem Titel „Lehren aus dem Fall Kleinhappl - auch für Freiwirtschaftler?" bei. Ich will den Verweis auf Kleinhappl aber nicht beenden ohne ihn selber zu Wort kommen zu lassen. Es ist eine Stelle aus dem Vorwort zu *Unus contra omnes:*

Der auf nichts als den eigenen Allmachtswahn gestellte Weltherrschaftsanspruch des Internationalen Finanzkapitals, der die menschlich-mitmenschliche Welt ebenso wie die außer-menschliche Umwelt auf den bloßen Verwertungsrang eines profitmaximierenden Warenpotentials degradiert, wurde durch die enzyklikale Sanktionierung der „kapitalistischen Wirtschaftsweise" in Ziff. 100/101 von „ Quadragesimo anno" (1931) im Bewußtsein von Kirche und Welt als „in sich nicht schlecht, daher als solche nicht zu verdammen" gerechtfertigt und verteidigt. Seitdem war eine fundamentalkritische Hinterfragung dieses eindimensionalen Profitmaximierungs-Denkens im Bereich der christlichen wie nichtchristlichen Öffentlichkeit unter Berufung auf die klassische Lehrtradition der Kirche in der Kapitalismusfrage nicht mehr möglich.

Ergänzende Hinweise auf ein paar andere Autoren:
Vor mir liegen drei Schriften: Sein und Wirken des Priesters, Friedensarbeiters, Lebensreformers und Hochschullehrers Professor DDrDrDr Johannes Ude von Käthe Moritz / Dr. J. Ude, Christentum oder Zinswirtchaft, Professor Ude vor Gericht. Ude ist es nicht besser ergangen als Kleinhappl, zudem wurde er von den Nationalsozialisten hart bedrängt.

Die nächste Schrift trägt den Titel „Traktat über Geldabwertungen" sie stammt von dem Bischof von Lisieux Nicolaus Oresme (1325 - 1382) und ist 1937 in Jene (in Latein und Deutsch) erschienen. Eingeleitet wird sie von Edgar Schrorer, Dr. der Philosophie und Dr. der Staatswissenschaften aus Freiburg in der Schweiz. Diese Arbeit beweist, daß kirchliches Amt und und Aussagen zur Ökonomie sich durchaus vertragen. Ob sich nach weiteren runden 650 Jahren noch irgend jemand an einem unserer Nobel-Preisträger für Ökonomie erinnern wird?

Zins und Wucher - Ein separatvotum in dem vom deutschen Katholikentage eingesetzten socialpolitischen Comite von Frhr. Carl v. Vogelsang, Wien 1884 ist ein weitere Hinweis, was die offizielle Kirche alles unter den Läufer zum Altar gekehrt hat.

Wenn der nächste und hier zu letzt genannte Autor neben einen hohen Anspruch an den Wirtschaftswissenschaftler auch einen christlichen Hintergrund hätte, würde mich das nicht wundern. Er ist Österreicher. Die Schrift ist 1934 im Juni 1934 in Wien erschienen. Als Autor ist

angegeben: Dr. Otto Conrad, Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien. Der Titel: Die Todsünde der Nationalökonomie. Als Todsünde wird die Lehre von den drei Produktionsfaktoren bezeichnet. Es geht hier um eine nicht-marxistische Auseinandersetzung um den Komplex Arbeit und Kapital. Die Arbeit wendet sich gegen die Behauptung, daß das Kapital und der Boden Subjekte der Wirtschaft sind. Conrad sagt, daß die Lehre von drei Produktionsfaktoren den Fortschritt in der theoretischen Erkenntnis hemmt. In 25 Jahren Aufklärungsarbeit hätte er nur einen Bundesgenossen gefunden, nämlich Prof. Bruno Moll in Leipzig. Sein Schlußsatz lautet: „Eine wirklich erfolgreiche Wirtschaftspolitik setzt daher eine genaue Kenntnis der Zusammenhänge des Marktmechanismus voraus, eine Kenntnis, die nur die Theorie vermitteln kann."

Nachtrag II vom 28. Januar 2002

Zur Übertragbarkeit von Rechtssystemen und Wirtschaftsverfassungen

Ich habe davon gesprochen, daß lokal, regional oder national entwickelte Wirtschaftsverfassungen übertragbar sein könnten wie es in früheren Zeiten Rechtssysteme waren und ein solcher Vorgang nicht in die Rubrik Imperialismus zu verzeichnen wäre. Die heutige Post enthielt die „Deutschen Nachrichten für Litauen" Ausgabe 1/2002. Dort wird unter der Überschrift *750 Jahre Memel* von einer solchen Übertragung eines Rechtssystemes berichtet indem aus dem Buch „Memel - ein ostdeutsches Schicksal" von Dr. Ottomar Schreiber wie folgt zitiert wird:

> *Die Gründer schwankten, welches Recht der neuen Stadt zu verleihen sei. Man schrieb nach. Dortmund, aber auch nach Lübeck, um eine Ausfertigung der dortigen Stadtrechte. Der Taufname Neu-Dortmund wurde erwogen. Schließlich erhielt die Stadt aber doch das lübische Recht*
> *und den Namen Memelburg. So, als Memele castrum, erscheint sie auf den ältesten Karten Deutschlands, als einzige Siedlung mit einem solchen Zusatz. Es war der Ausdruck dafür, daß die strategische Aufgabe vorläufig ihr Leben bestimmte.*
> *Die Entscheidung für das lübische Recht floß aus der Zuversicht in die wirtschaftliche Entwicklung der Siedlung: Sie rechnete mit dem Hinterland Samaiten. Das lübische Recht war das der Hafenstädte.*
> *Die an Memel erteilte Fassung ist die älteste Form des lübischen Rechts, die im Or-*

densstaat erhalten blieb. Die achtundachtzig Artikel waren mit achtzehn Zusatzartikeln verbunden. Diese schränkten in einigen Punkten die Rechte der Serbstverwaltung gegenüber der reinen lübischen Form etwas ein. Sie trugen damit der Tatsache Rechnung, daß die Stadt nicht aus eigener Kraft werden konnte, und daß offensichtlich noch lange die militärische Aufgabe der Gründung den Vorrang haben würde gegenüber der wirtschaftlichen Bedeutung. Darum mußte die bürgerliche Selbständigkeit gewisse Vorbehalte der Landesherrschaft hinnehmen. Aber: vom Lande Zuziehende traten in den Genuß der

Freiheiten des Stadtwesens. Anstelle der Zunftgesichstpunkte überwogen die staatsbürgerlichen des Ordens. Jedermann ist zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet, nicht nur zur Verteidigung der Stadt. Der Rechtsgang endet nicht beim Rat, sondern bei der Landesherrschaft.

Aus dem AdM-Archiv

Nachtrag III vom 31. Januar 2002

Bauhäuser für die Entwicklung gesellschaftlicher Gesamt- und Teilordnungen

Zum Geburtstag hatten meine Frau und unsere Kinder sich ein besonderes Geburtsgeschenk ausgedacht. Die Eltern sollten allein ohne Kinder ein Wochenende in einem Hotel an einem Ort ohne Verwandt- und Bekanntschaft verbringen. Das ist wirklich etwas Besonderes. Gemeinsam verreisen mit meiner Frau ohne Kinder, das ist über zwanzig Jahre nicht vorgekommen. Ein Wochenende ohne Kochen, Abwasch, Wäsche, ohne Vorwürfe, daß ich meine Rolle als Hausmann schlecht ausfülle, und ohne Kompensationsstreß zum Streß der Schul- und Arbeitswoche, das war in der Vorschau eine schöne Aussicht und in der Nachschau eine erlebte Wahrheit. Wahrheit ist allerdings auch, daß einem die Konflikte um die richtige Erziehung bzw. Nichterziehung und um die Haushaltsführung nach einen solchen Wochenende schnell wieder einholen. Mich hat der Kontrast zwischen dem Leben mit und ohne Kinder richtig krank gemacht. Das soll kein Klagelied sein, sondern die vielfach privat erlebte und wissenschaftlich bekannte Tatsache der Belastung der Familien durch unklare Rollendefinitionen, ökonomischen Druck und von der Politik ausgehende Destruktivität unterstreichen. Zeilen, die ich im Kurzurlaub aus „Die Liebe ist das Kind der Freiheit" von Michael Lukas Moeller gelesen habe, verdeutlichen, daß mit dem individuellen guten Willen und kollektiven Beschlüssen das Neue, das Bessere sich nicht so einfach durchsetzen läßt. Moeller schreibt:

„Im Bild von der bösen Mutter sammelt sich inzwischen alles, was wir an negativen Eigenschaften aufzubieten haben. ... Da wir längst schon auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft sind, bleibt sie tatsächlich als einzige Identifikationsfigur für uns übrig. Und so kommt die Überraschung: 'Ich schaue in den

Spiegel und sehe meine Mutter' (Franck 1979) Wir sind ihr aus dem Gesicht geschnitten. Sie ist unser Ebenbild, weil sie die enttäuschte Mutter ist, ist sie die Mutter der Enttäuschung. ... Auf dem Umschlag des Buches von Anne Dally 'Die Macht unserer Mütter' steht das in acht Thesen:

1. Ich kann mich selbst nicht leiden, die Art wie ich geworden bin ...
2. Deshalb habe ich meine Tochter ganz anders erzogen, als meine Mutter mich erzogen hat.
3. Meine Mutter hat mich immer dominiert. Ich habe meine Tochter zur Selbständigkeit ermutigt.
4. Meine Mutter hat mich manipuliert. Ich war immer geradeheraus.
5. Die Geheimniskrämerei meiner Mutter ging mir auf die Nerven. Ich war immer offen.
6. Meine Mutter war unentschlossen. Ich weiß, was ich will.
7. *Jetzt ist meine Tochter erwachsen.*
8. *Sie das Ebenbild meiner Mutter.*

Müttern und Söhnen geht es nicht anders. Die stärkere Funktionalisierung der Männer, die sogenannte sachorientierte Distanz, verdeckt die Tatsache, daß wir Männer in einer vaterlosen Gesellschaft ebenso sind: durchmuttert. Aber die Mutter kann auch nicht anders sein. Sie ist nur eines der tausend Symptome, nur eine der seelischen Krüppelgestalten unserer Zeit. Sie ist das genaue Pendant und die Produzentin des Hochleistungsmannes, der pünktlich zur Pensionierung vom Herzinfarkt dahingerafft, als Passivposten der Gesellschaft entfällt. Die Mutter versammelt nur das allgemeinde Elend in sich und ist dazu bestimmt, es an die Kinder weiterzugeben. Sie ist die zentrale Achse der gegenwärtigen Gesellschaft, soweit es die seelischen Entwicklungen der Menschen betrifft." ... (rororo Sachbuch 61150, S. 55 ff.) Das sind Aussagen, die deutlich darauf hinweisen, daß die Wirkungen von Psycho- und Familientherapie nicht voll zur Wirkung kommen können, wenn die flankierenden Maßnahmen konkreter Gesellschaftstherapie ausbleiben. Ich bin damit beim Thema Bauhaus in neuer Form angelangt.

Da wir in unserem Kurzurlaub lange Fahrwege und –Zeiten vermeiden und etwas uns Unbekanntes sehen und erleben wollten sind wir nach Dessau gefahren, den Hinweg über Magdeburg, den Rückweg am Harz entlang. Wir haben verfallene Schlösser - Zeugen vergangener Macht - gesehen und natürlich das Bauhaus, die Meisterhäuser und das Kornhaus. Dann waren wir noch in der Anhaltischen Gemäldegalerie und haben vorher eine Wanderung gemacht. Ich will nun nicht versuchen, die Geschichte und Bedeutung des Bauhauses zu referieren. Ich bin darüber viel zu wenig informiert. Was mich in der komprimierten Informationsvermittlung beeindruckt hat, ist folgendes: Die Idee und Realisation der vereinigten Ausbildung in Kunst und Handwerk in Weimar mit dem Titel des Meisters als Krönung. Die Verlagerung des Bildungs-Zieles in Richtung Öffnung zur Industrie, die nicht ganz gelang und mit dem Diplom endete. Die dreimalige negative Einwirkung der Nationalsozialisten. Der hohe Anteil von Frauen und Deutschen mit jüdischer Prägung. Die verharrende Stellung der Frauen zwischen traditionellem Verhaltensmustern und Emanzipation. Die internen Spannungen zwischen progressiver Offenheit und konservativer Rückbesinnung. Die geistigen Elemente im Bauhaus, die sich auf den Kommunismus bezogen, und solche, die als religiös-sektiererisch bezeichnet wurden. Die Stadt Dessau, die vermutlich aufgrund der ansässigen Industrie finanzielle gut ausgestattet war und die Chance eines solchen Projek-

tes für die Entwicklung der eigenen Stadt erkannte. Aber am meisten bin ich davon beeindruckt, daß eine relativ kleine Anzahl von Menschen eine Wirkungsgeschichte in Bezug auf die Gestaltung von Handwerk, Kunst und Architektur in Gang gesetzt hat, die heute noch viele Menschen bewegt.

Gespräche mit Menschen in und aus Dessau haben Scham und eine Stille Wut in mir, dem Wessi wieder hochkommen lassen. Eine Abwanderung von einem Viertel der Stadtbewohner, die Zerstörung der Industrie, eine Arbeitslosenquote von über 20% unter den verbliebenen Arbeitnehmern. Die Ausnutzung der Unkenntnisse der Ex-DDRler nach Wende durch westliche Bürokraten und Geschäftemacher. Schlimmer noch war und ist der nachwirkende Verrat des Grundgesetzes und des Demokratieprinzips durch uns westdeutsche Demokraten, die wir uns eigentlich nur noch in Anführungsstrichen so nennen dürften.

Heute morgen stellte unser 16 jähriger Sohn, nachdem er mehrmals geweckt werden mußte, die Frage: „Was heißt eigentlich Paralyse?" Ich habe geantwortet: Zum einen ein Krankheitsbild der Lähmung zum anderen ein politischer Zustand, in dem sich die politischen Kräfte gegenseitig blockieren, lähmen. Unsere Gesellschaft befindet sich doch wie in der Vor-Nazi-Zeit wie in einem Zustand der Paralyse, die Gesellschaftsteile, die Subgesellschaften wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Hochschulen nicht ausgenommen. Wenn die Überwindung dieser gesellschaftlichen Paralyse durch die Flucht ins Totalitäre erneut versucht wird, dann kann man wieder sagen: „Die Deutschen sind ein böswilliges zur Freiheit nicht fähiges Volk." Der begonnene neue Wahlkampf, in dem alle Parteien auf die Verdummung der Wähler setzen und auf seine Geduld, diese Verdummung selber widerstandslos im doppelten Sinne zu bezahlen, wird daran nichts ändern.

Beim Besuch in der Gemäldegalerie wurde mir ungefragt der Bildband „Von Napoleon zu Bismarck - Geschichte in der deutschen Druckgrafik" (Hrsg. Museum für Kunst und Gewerbe, Hbg.) in die Hand gegeben. Ich schlage es blind auf und lande bei den satirischen Zeichnungen von Adolf Schroedter (1805 - 1875). Schroedter hat für seine Aussagen die Figur „Piepmeyer" entwickelt. Auf der einen Zeichnung möchte Herr Piepmeyer - um einen Bedeutungsgewinn zu erlangen - gerne Mitglied eines volkswirtschaftlichen Ausschusses werden. Da er es noch nicht geschafft hat, schaut er sich schon einmal die Registratur der Ausschüsse an. In einem Regal sind die einzelnen Ausschüsse benannt. So weit ich auf der Schnelle feststellen konnte, ist es eine Galerie der Gruppeninteressen und Bedeutungslosigkeiten. Eine Benennung habe ich mir notiert: „Ausschuß über Verbesserungen an Hosenträgern." Ich finde, Schroedter kennzeichnet 1848/49 eine Situation, die heute noch gegeben ist: Bedeutungsgeilheit, Deklarierung von Gruppenegoismus als nationales oder internationales Gemeinwohl und das Aufplustern von Nebensächlichkeiten zu den bedeutendsten Errungenschaften des Jahrhunderts. Es ist eine Haltung, die meines Erachtens in allen Gremien, Verbänden und Institutionen sich breit gemacht hat und die eine Formulierung vernünftiger Lösungsvorschläge aus Eitelkeit und Eifersüchtelei nicht mehr zuläßt.

In einem der Meisterhäuser entdeckte ich einen Text auf einer Schautafel aus DDR-Zeiten aus der Zeitschrift „Neuer Weg" 1947/2. Er trägt die Überschrift „Für den ideologischen Kampf - Zum Studium von August Bebel: 'Die Frauenfrage und der Sozialismus' " In der Einleitung heißt es: „Wir leben im Zeitalter einer großen sozialen Umwälzung, die mit jedem Tage weitere Fortschritte macht. Eine stets stärker werdende Bewegung und Unruhe der Geister macht sich in allen Schichten der Gesellschaft bemerkbar und drängt nach tiefergreifenden Umgestaltungen." Im weiteren Verlauf des Artikels wird dann die Frauenfrage angegangen.

Die Tatsache, daß es Zeugnisse vieler Generationen gibt, die zum Ausdruck bringen, daß man die eigene Zeit als Umbruchzeit empfand, sollte uns davor bewahren, unser Empfinden von Umbruch zu hysterisieren und uns veranlassen, nach objektiven Kriterien für die Beurteilung unserer subjektiven Empfindungen zu suchen. Die KPD bzw. die SED [13] hat offensichtlich keine Scheu gehabt, von „ideologischen Kampf" zu sprechen. Die Westdeutschen haben immer eine Scheu, ihr Gruppen- oder Klasseninteresse als ideologisch zu bezeichnen, weil es dann als solches erkennbar wäre. In der Politik im allgemeinen und im Bundestag im Besonderen wird aber viel Ideologisches verhandelt. So lange es verschleiernd in den Medien beschrieben wird, wird sich das auch nicht ändern. Ich denke aber, daß das Bekenntnis zum Ideologischen der Ostdeutschen in den DDR-Zeiten nicht besonders mutig war, sondern Ausdruck eines anderen Ideologie-Begriffes. Beispiel: Als Rudolf Bahro in den Westen kam, hat er sich als Ideologe bezeichnet. Er verstand den Begriff im ursprünglichen Sinn als Lehrer von den Ideen, als Kundiger in der Ideenwelt. So gesehen ist der Hinweis auf den ideologischen Kampf in dem erwähnten Artikel einfach der Hinweis auf die notwendige Auseinandersetzung zwischen der am Marxismus orientierten Ideenwelt des damaligen Ostens und der mehr am Liberalismus orientierten Ideenwelt des Westens. Diese Auseinandersetzung hat aber nicht nur zwischen Ost und West stattgefunden, sondern auch im Osten und im Westen. Besonders die Entwicklung der Partei DIE GRÜNEN ist von dieser Auseinandersetzung geprägt worden. Da diese Auseinandersetzung als solche offen benannt wurde, werden konnte, fand sie in lähmenden politischen Grabenkämpfen statt. Die Vorstellung, Ideen durch Mehrheitsbeschlüsse in alle Köpfe der Mitglieder pflanzen zu können, hat wie ein Gift gewirkt, das den Alterungsprozeß der Partei beschleunigte, so daß die Grünen nach gut 20 Jahren ideenmäßig schon so vergreist sind wie die andern Parteien im politischen Kartell.

Da es als eine Unmöglichkeit erscheint, in den mit hohen Steuern finanzierten dafür vorgesehenen Parlamenten, Verbänden und Hochschulen künftige Strukturen unserer Gesellschaft zu be-

13 Ich habe Zweifel bekommen, ob die Zeitschrift der KPD oder der SPD zuzuordnen ist. August Bebel (1840 –1913) gründete 1869 mit W. Liebknecht die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die SED wurde unter politichen Druck am 21. 4. 1946 aus der KPD und SPD gebildet. (Lingen-Lexikon)

schreiben, die über den Tag hinaus wegweisend sind, müssen wir Orte, Bauhäuser [14]zur Entwicklung von Gedankengebäuden der Alltagsbewältigung finden, entwickeln, um nicht einfach vor dem Destruktiven des Faktischen, des (faulen) Kompromisses zu kapitulieren. Solche Orte können sich im Internet wie in Klöstern bilden. Wichtig ist, daß wir erkennen: Wir Menschen sind ideengeleitet. Unsere Ideen müssen sich in der Realität bewähren. Die Ideen müssen sich in reiner Form (ohne politische oder ideologische Rücksichtnahme) im Ring des öffentlichen Wettbewerbs stellen können. Niemand und keine Institution hat das Recht auf eine Zensur. Politische Urteile wie „kommunistisch" oder „faschistisch" sind keine Beurteilungskriterien für die Qualität einer Idee. Jeder hat das Recht, eine eigene Bauhütte, Ideenschmiede zu gründen oder sich einer anderen zuzuordnen und hat es aber auch hinzunehmen, abgewiesen zu werden. Das begutachtende Publikum hat die Informanten in den Massenmedien zurechtzuweisen, wenn diese nicht objektiv über die Ergebnisse berichten können. Parallel zu den Bauhütten aus unabhängiger Gründung können solche (zu Kontrollzwecken) gegründet werden, die repräsentativ nach dem Modell Bürgergutachten / Planungszelle (nach Prof. Peter C. Dienel - früher einmal Mitarbeiter der Ev. Akademie Loccum) besetzt werden.[15] Der vorrangige Nutzen für unsere Gesellschaft wäre jenem einer Individualpsychotherapie vergleichbar. Das erkennen der eigenen Kreativität in der Bürgerschaft, schafft das Vertrauen in die eigenen (demokratischen) Gestaltungskräfte. Die Politik kann die Bürger nicht mehr so leicht hinter das Licht führen.

Aber kann ein solches Vorhaben nicht in die Irre gehen, ins Irreale, in die Verirrung abgleiten. Selbstverständlich kann es das, kein Handeln ist ohne Risiko. Aber das Denken - soweit es sich der Wahrheit und der Logik verpflichtet fühlt - ist auch - und besonders in einer Wettbewerbssitution - seine eigene Kontrollinstanz. In der Buchhandlung im Bauhaus Dessau begegnete ich auch in Buchform John Dewey mit dem Titel „Die Suche nach Gewißheit" (Dewey soll zu Lebzeiten in den USA eine philosophische Institution gewesen sein.) und Karl R. Popper in der Form einer Einführung von Jürgen Alt. Die Einführung habe ich mir erworben.

Angesichts, daß die Wissenschaften scheinbar unaufhörlich fortschreiten, daß die Suche nach einem Fundament der Erkenntnis erfolglos war und sogar sichere, erfolgreiche Theorien ins Wanken geraten sind, „ formuliert Popper die folgende Frage:

---

14 Robert Jungk, Zukunftsforscher und Atomkritiker, sprach von Zukunftswerkstätten.

15 Natürlich sind Bauhäuser als Ideenschmiede auch solche Stätten notwendig, in die Erprobung in der Wechselwirkung von Theorie und Paraxis erfolgt. Beispiel von Namen und Orte mit laufenden Projekten: Glockseeschule / O. Negt; Laborschule / Hartmut von Hentig ; Cuernavca / Ivan Illich; Waldorfschulen; Lebensgarten / Margrit und Declan Kennedy. Aber auch viele alte und neue Projekte der Sozialarbeit, Arbeitnehmerbeteiligungen und Beschäftigungsgesellschaften können Erkenntnisse und Beiträge für ein besseres Morgen liefern. Es sei aber darauf hingewiesen, daß die vielen gescheiterten Alternativprojekte ein Zeichen für eine mangelhafte innere und äußere Ökonomie und für zu geringe Gestaltungsfreiräume in unserer angeblich freien Gesellschaft sind. Wirklich neue Freiräume in den großen und kleinen Zusammenhängen müssen erst einmal gedanklich vorbereitet werden, bevor sie in der stofflichen Wirklichkeit realisiert werden können.

Wie sind Erkenntnisfortschritte überhaupt möglich, wenn uns kein Fundament zur Verfügung steht, das uns Sicherheit gibt? Die Antwort zu dieser Frage ist der Kerngedanke, die zentrale These der Philosophie Poppers, des kritischen Rationalismus: Wir benötigen keine Fundament, um Erkenntnisfortschritte zu machen. Entscheidend ist vielmehr, dass wir die Theorien, die unsere Erfindungen, unsere hypothetischen Konstruktionen sind, möglichst strengen Prüfungen unterziehen." (S. 12 f.) Popper setzt sich mit Alltagsannahmen auseinander, denen viele Menschen mehr oder weniger blind folgen. „Popper bemühte sich stets darum, Brücken zwischen Wissenschaft, Ethik, Politik und Kunst zu bauen." (S. 13)

Bei aller notwenigen Skepsis unseren eigenen Denkergebnissen gegenüber können wir uns vor dem Handeln nicht mit dem Hinweis drücken, wir seien noch unsicher. Ich habe - glaube ich - schon auf die buddhistische Weisheit hingewiesen, daß auch Nichthandeln handeln ist. Selbst die Nichtzurkenntnisnahme von Einsichten ist Handeln - manchmal mit tödlicher Wirkung. Wir haben die Situation, daß wir ein ökonomisches Wissen haben, dessen Nichtanwendung uns Hitler, Stalin und andere Staatsterroristen beschert hat. Aber was uns jetzt lebende Deutschen betrüben sollte, die ideologische Herangehensweise in der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft hat mehr Tote nach dem zweiten Weltkrieg gefordert als unter dem Regime der Nazis. Die Demütigung und die Verführung des Durchschnittsbürgers durch die „Intelligenz" ist nicht geringer als jene die durch die Nationalsozialisten erfolgte.

Nachtrag IV, vom 1. Februar 2002

Globalisierungs-Gegner und Gewalt

Heute abend habe ich einen Bericht über den Konflikt zwischen Globalisierungsgegnern und –Befürwortern des Fernsehsenders ARTE gesehen und gehört. Ich fand den Bericht sachlich und informativ. Natürlich kam auch die Gewalt auf beiden Seiten zur Sprache. Ob die Gewalt bei künftigen Demonstrationen eskaliert, hängt meines Erachtens von folgenden Faktoren ab: a) Ob die Medien auch Berichten über die Demonstrationen Raum geben, wenn sie friedlich ablaufen. b) Ob die Befehlshaber von Ordnungskräften in der Lage sind, ihren Untergebenen zu vermitteln, daß sie nicht gegen Feinde und Kriminelle eingesetzt werden, sondern darum, daß sie Bürgerinnen und Bürger in die Schranken berechtigter, legitimer, demonstrativer Interessenvertretung halten. c) Daß den Demonstranten, die mit pazifistischen Mitteln ihr Ziel erreichen wollen, die Zielerreichung durch die „Ausrüstung" mit den besten Informationen zum Komplex erleichtert wird. d) Daß erkannt und zugegeben wird, daß ein Zusammenhang besteht zwischen legaler, staatlich trainierter und ausgeübter Gewalt und der Gewalt von demonstrie-

renden Einzeltätern bzw. als legitim empfundenen Gruppengewalt. e) Es muß Schluß sein mit den Versuchen, den Pazifismus lächerlich zu machen, und es muß individuell und gruppenbezogen die Stärke trainiert werden, die nicht mehr zuschlagen muß.

Es geht aber bei dem Thema um mehr als Gewalt. Es geht um einen zusätzlichen Glaubwürdigkeitsverlust der Idee von der Demokratie und der von staatlichen und übernationalen staatlichen Organisationen.

Für die Zeitschrift *eigentümlich frei* habe ich neulich formuliert:

> Da ich das, was heute - besonders im ökonomischen Sinn - als Freiheit gelebt und propagiert wird als eine Sabotage und Demontage des Freiheitsgedankens in einer qualitativ höheren Form sehe, ist jeder Ort, jedes Organ zu begrüßen, an dem über die Bedingungen und Formen der Freiheit nachgedacht wird. Denn ich sehe die Gefahr, daß die Sehnsucht der Menschen nach „geordneten" Verhältnissen, in dem der eigene Platz eindeutig definiert und der Anteil am gesellschaftlichen Produkt mit Sicherheit zugeteilt wird, wieder wächst. Lieber ein „glücklicher Sklaven" werden (oder zu bleiben), der seinen Herren kennt, als ein utopisch Freier zu sein, der anonymen nicht durchschaubaren Kräften ausgesetzt ist, wird die Parole lauten. Wenn die Freiheit ihre Attraktivität verliert, hat die Botschaft der Zwangsbeglücker, der Zwangssolidaristen Konjunktur. Und die Menschen werden auf grund ihrer Erfahrungen diesen Parolen folgen, denn diese lehren bisher für die Masse der Menschen nur, daß Freiheit nur ein Versprechen, bestenfalls die Abwesenheit von physischer Unterdrückung ist. Die Ursachen für die vermutete oder wahrscheinliche Entwicklung?
>
> 1. Die westlich geprägte Politik gewährt Narrenfreiheit, die keine Orientierung gibt, verweigert Gestaltungsfreiheit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.
> 2. Die praktischen Auswirkungen der Politik der Neu-Neo-Liberalen - die anscheinend nicht die gedankliche Architektur der Neo- bzw. Ordoliberalen zur Kenntnis nehmen wollen - wirkt freiheitspolitisch kontraproduktiv.
> 3. Der schwärmerische Anarchismus, der zu häufig übersieht, daß die Freiheit des Individuums in der Gesellschaft kein Naturprodukt ist, gewinnt auf grund seiner analytischen Schwäche keine politische Gestaltungskraft.

Als Ziel der Globalisierungsgegner wurde in der Sendung von Teilnehmern der Protestbewegung formuliert: Regionale Wirtschaft und ökonomische Selbstbestimmung. Eine Welt, in der man als Mensch leben kann. Das sind Forderungen, die man auch mit offenen Märkten und Grenzen haben kann. Real hat sich die Globalisierung als ein Feind der Weltoffenheit, des Frei-

handels und der Dezentralität entwickelt. Das hört sich paradox an, ist es aber nicht, weil die Globalisierung auf die Geldanlage, auf die Rentabilität des Kapitals ausgerichtet ist, der Freihandel aber den Güter- und Leistungsaustausch zum Ziel hat.

Nachtrag V vom 2. Februar 2002

Zu meiner ökonomische Argumentation

Gestern erhielt ich von Hermann Benjes (Postfach 55, D 64402 Bickenbach) einen Prospekt der 4. überarbeiteten und erweiterten Auflage seines Buches „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?". Benjes, der aktiv und vortragend im ökologischen Umfeld tätig war, hat 1991 für sich die von Gesell begründete Freiwirtschaftsschule entdeckt und - da er das was er zur Kenntnis genommen hatte, als logisch schlüssig empfand - gefragt, warum wendet man diese ökonomischen Einsichten nicht an. Nun vor ihm haben schon viele gefragt und kein wirklich plausible Antwort gefunden. Es haben zwar immer so viele gefragt, daß die Frage als solche nicht verloren ging, aber immer zu wenig, um der Frage eine machtpolitische Relevanz zu verleihen. Als ich den Prospekt zu Benjes Buch in der Hand hielt, ging mir der Gedanke durch den Kopf, ob ich meinen theoretischen Hintergrund hier in diesem Schreiben, daß ursprünglich nur ein Brief werden sollte, etwas verdeutliche, da sich meine Argumentation ja nicht innerhalb des Schemas links-rechts, Sozialismus-Kapitalismus bewegt. Nun, meine Argumentation ist von der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule geprägt, aber nicht durch sie gebunden. Ich bin 1961, als ich noch als junger Erwachsener eine Lehre in zwei Kreditgenossenschaften absolvierte, auf erste Informationen dieser Forschungsrichtung oder Schule gestoßen. Die Informationen waren in der Werbung einer Wählergemeinschaft verpackt, die meine Aufmerksamkeit erlangt hatte, weil sie für ein politisch neutrales Deutschland warb, für die ich als Pazifist empfänglich war. Als ich 1964/66 mit dem Ex-Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski in den Hörsälen der Akademie für Wirtschaft und Politik saß, war ich schon mit diesem Wissen belastet. Eine Last einmal darum, weil man mit einer Theorie, die gegen die herrschende Lehrmeinung bürstet, keinen Blumentopf gewinnen kann, aber auch Last für die Familie, weil das Nichtvergessenkönnen von diesen Einsichten einem erträglichen Einkommen abträglich war. Eine Bereicherung war die Freiwirtschaftsschule für mich aber dadurch geworden, daß sich durch sie für mich der Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit aufhob. (Es geht um die gleiche Freiheit, die gleichen Chancen, das gleiche Recht, aber nicht um die Freiheit zur Gleichmacherei.) Inzwischen haben viele Menschen an dem Thema Überwindung des Kapitalismus im marktwirtschaftlichen System gearbeitet. Ich will nur auf einige Titel hinweisen:

Mama Moneta oder die Frauenfolge und *Die Frauen tragen die größte Last* von Wera Wendnagel, eine Lehrerin, die ihren Vornamen einem Tauschringprojekt in den dreißiger Jahren verdankt. / *Strukturen des Aufbruchs - Von der Konkurrenzgesellschaft zur Solidargemeinschaft, Herausgeben von Vladimir Svitak; promovierter Diplom-Wirtschaftsingenieur, Aktivist im Prager Frühling / Fehlentwicklungen einer Zinswirtschaft von Jürgen Probst, Kaufmann in Hannover /*

Zinswahnsinn - Die Vereinbarkeit von Sozialismus, Liberalismus und Ökkologie - das Ende von Wachstumszwang und Ausbeutung, von Klaus Popp, ein Sozialarbeiter aus Düsseldorf / *Geld und Zins als monetäre Ursachen des Wirtschaftswachstums* von Thomas Lang, Ökonom / *Arbeitslosigkeit - wie kann sie überwunden werden?* Von Andreas Rams, Ökonom und Norman Ehrentreich, Physiker und Ökonom. / *Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung,* von Helmut Creutz, der den zweiten Weltkrieg noch als Soldat erleidete, sich als Buchautor (Haken krümmt man beizeiten) hervortat und sich vom selbständigen Architekten zum Wirtschaftsanalytiker entwickelte / *Der Nebel um das Geld,* von Bernd Senf, Professor für Volkswirtschaft / *Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung - Eine Einführung in Leben und Werk,* von Werner Onken / Der Titel, in dem Eugen Drewermann das Thema behandelt, heißt *Hat der Glaube Hoffnung - Von der Zukunft der Religion am Beginn des 21. Jahrhunderts.*

Nachtrag VI vom 3. Februar 2002

„Wissenschaft - Opium fürs Volk"

So ist ein SPIEGEL-Beitrag von Peter Kafka, dem inzwischen zu früh verstorbenen Astrophysiker Peter Kafka 20 Jahre nach der Mondlandung überschrieben. Die Wendung des leninschen Aussage von der Religion als Opium fürs Volk schließt ja nicht aus, daß die Religionen in diesem Sinne mißbraucht werden können. Kafka kritisiert die Wissenschaftsgläubigkeit, weil sie dazu führt, daß wir unsere Lebensgrundlagen kaputt machen. Dieser Artikel war auch eine Ankündigung von Kafkas Buch „Das Grundgesetz vom Aufstieg - Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt" Der Artikel endet:

„Jetzt wollte ich Ihnen nur den Mond madig machen und bin beim Wurm in Geldsystem und Bodenrecht gelandet. Habe ich die Jubiläen dieser und der letzten Woche durcheinandergeworfen?

Zum Teufel mit der Komplexität, den Zusammenhängen, den Abhängigkeiten! Von was allem sollen wir uns denn noch emanzipieren?"

Kafka erweist sich in schriftlichen Nachlaß als weltoffener Globalisierungsgegner, als ein freiheitlicher Kapitalismuskritiker. An einer Stelle im „Grundgesetz vom Aufstieg" mahnt er:

„Schuld trifft den, der etwas verstanden hat und sich dennoch nicht mit aller Kraft einsetzt, um Einsicht zu verbreiten. Es gibt keinen Grund zur Resignation. Und niemand sollte auf die Idee verfallen, es gäbe nichts für ihn zu tun.

Stellen Sie sich vor, ein einziger Mensch begreift eine einfache logische Wahrheit wie etwa, daß zwei mal zwei gleich vier ist oder daß wahre Wertschöpfung die Grundvoraussetzungen aller Evolution, also »Vielfalt und Gemächlichkeit«, einhalten muß - und nun stellen Sie sich vor, es gelingt ihm im Laufe eines Jahres durch geduldige Überzeugungsarbeit, die Tatsache und deren Wichtigkeit nur zwei weiteren Menschen so klar zu machen, daß diese beiden nun innerhalb des nächsten Jahres ebenfalls je zwei weitere Menschen davon überzeugen und diese wiederum je zwei und so weiter. Sehen Sie, wie schnell womöglich sogar die Vernunft auf diese Weise Mode werden könnte? Erscheint Ihnen das zu »ungemächlich«? Wenn es so weiterginge, wäre nämlich schon die ganze nächste Generation der Menschheit gewonnen. »Zwei hoch dreiunddreißig« ist fast neun Milliarden! So viele werden dann etwa auf der Erde leben, und sie alle werden wissen, daß zwei mal zwei vier ist. Warum nicht auch, daß die Chancen weiteren evolutionären Aufstiegs nicht im beschleunigten Umsatz von immer mehr Materie und Energie liegen, sondern in unseren seelischen und geistigen Fähigkeiten? Und daß uns, als den Blüten am Baum des Lebens, Ehrfurcht vor dessen Wurzeln geboten ist?" (S. 21)

Nachtrag VII vom 4. Februar 2002

Männer und Gerechtigkeit

Als weiteren Anhang habe die Berichte von Susanne Iden über die Entwicklungshilfe und von Barbara-Maria Vahl über Ihre Teilnahme am Weltwirtschaftsforum beigefügt. Sie selber werden die Artikel kennen, aber nicht alle Mitleser. Den Bericht über die Entwicklungshilfe finde ich in seiner Nüchternheit gut und informativ. Ich glaube nicht, daß ein männliches Mitglied aus der HAZ-Riege der Leitartikelschreiber ihn hätte so formulieren können. Manchmal habe ich den Eindruck von den männlichen HAZ-Schreibern, daß sie bei jedem Satz überlegen, wen sie eins auswischen können und wen sie schonen müssen. Sie schreiben also strategisch und nicht an der Wahrheit oder einem humanen Ziel orientiert. Die Dominanz der Männer auf dem Weltwirtschaftsforum und die Konzentration auf Europa und Nordarmerika - von der berichtet

wird - ist sicher ein Problem. Es nützt aber wenig, wenn man mit Quoten diese doppelte Schieflage berichtigen will, wenn die Frauen und die Vertreter von Entwicklungsländern nicht bessere Informationen und Ideen in den Köpfen haben als die bisherigen männlichen Vertreter der nördlichen Halbkugel. Die Erfahrungen aus der Politik zeigen doch eher, daß Frauen die besseren Männer sein wollen. Und das ist kein Fortschritt, sondern eine Verarmung. Die Frauen, die in der Politik Karriere machen wollen, können sich meistens nicht zu dem Satz durchringen: „Der Aktienindex ist nicht der einzige Maßstab für ein gutes Leben." So wichtig es ist, daß es Marktplätze für Anteilseigentum an Unternehmen gibt, so wenig dürfen Börsenkurse über das Wohl und Wehe von Volkswirtschaften bestimmen. Die Neigung - oder täuschende Hoffnung - vieler Menschen die reale Ausbeutung durch das Glück im Spiel aus dem Wege zu gehen zu können ist schon von übel. Diese Hoffnung auf Geld ohne Arbeit auf die Börsen mittels Werbung und Berichterstattung in den Massenmedien auszudehnen halte ich für schlimmer, als wenn die Zeitungen und die Sender für gewaltbereite Extremgruppen werben würden.
Ihre politisch-seelsorgerische Argumentation ist Hoffnung und Trost für meine Seele. Sie könnte in Bezug auf die Ökonomie noch klarer werden, wenn Sie das Gespräch mit Margrit Kennedy suchen, sie ist Professorin an der Universität in Hannover im Bereich Architektur. Ihr Buch „Geld ohne Zinsen und Inflation - Ein Tauschmittel das jedem dient" wurde in mehreren Sprachen übersetzt. T.A.

Anlagen:

1. Können Kirchen Bündnispartner für eine gerechte Wirtschaftsordnung sein? Zwei Fußnoten aus „Was ist das Eigentum?" von P. J. Proudhon. Er gibt Hinweise auf den Verrat der ökonomischen Aussagen der Bibel durch die Theologen.
2. Der Brief von der kleinen Schwester Monika-Maria von Jesus vom 8.4.2001 zeigt, daß es auch heute noch christlich motiviertes, opferbereites Handeln gibt.
3. Aus der Dokumentation 7 zu meinem Offenen Brief „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil" vom 1. Mai 2001 an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages gebe ich den Brief von Werner Zimmermann aus dem Jahre 1959 mit dem Titel „Über das Trauma der Sozialdemokratie" wieder. Er verdeutlicht das lange Ringen um eine bessere Ökonomie.
4. Lehren aus dem Fall Kleinhappl - auch für Freiwirtschaftler / Ein Leben zwischen den Rädern der Systeme / zwei Beiträge von Johannes Heinrichs aus „Der Dritte Weg , Juli / August 1996 (heute: Humanwirtschaft, Redaktion: E-Mail: w.schmuelling@cityweb.de)
5. a) Entwicklungshilfe / Nur unter Opfern von Susanne Iden, Leitartikel in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 4. 2. 2002,
   b) „Völlig von Männern dominiert" Margot Käßmann sieht das Weltwirtschaftsforum kritisch von Barbara-Maria Vahl.

Erstverteiler

Versand etwa 12. 2. 2002

Bischof Dr. Josef Homeyer, Hildesheim

Forschungsinstitut für Philosophie
z. Hd. Professor. Dr. Peter Koslowski
Gerberstraße 26, 30169

Dr. Eugen Drewermann

Professor Dr. Johannes Heinrichs, Berlin

Adolf Paster, Vorsitzender von Hilfe für alle, Wien

Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V.
z.Hd. Prof. Dr. Roland Geitmann
M.-Bucer-Str. 6, 7640 Kehl

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
in der Ev.-luth. Landeskirche Hannover
z.Hd. Prof. Dr. Martin Cordes
in der Ev. Fachhochschule, Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover-Kleefeld

Dr. Hans-Hermann Tiemann, Theologe, Bissendorf-Wissingen

Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit

Pastor Michael Hagen, Superintend, Neustadt a. Rbge.

Evangelische Akademie Loccum
z. Hd. Dr. Fritz Anhelm
und Dr. Hans-Peter Burmester
Münchehäger Str. 6, 31547 Rehburg-Loccum

Dr. Alexander Kluge, München

Professor Dr. Oskar Negt, Hannover

Christian Jostmann, Doktorand und Journalist, München

Professor Dr. Dirk Baecker, Witten / Herdecke

Friedrich Ley, Theologe, Doktorand, Göttingen

Die fünf Hamburger Hauptpastoren:
Axel Denecke, Helge Adolphsen, Ferdinand Ahuis, Wilfried Kruse
und Lutz Mohaupt

(keine Rangfolge)